



De Rude Pooz



Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt

Landtagswahl 2017

Sonderausgabe

www.dkp-koeln.de

Wählt Walter!

Die DKP zu den Landtagswahlen 2017

Walter Stehling: "Die Teilhabe an Kultur und Bildung ist eng an den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gebunden. Wer Museen gegen Bibliotheken, Sportplätze gegen Konzerthäuser ausspielt, schadet damit der kulturellen Entwicklung insgesamt.

Gerade im kulturpolitischen Kampf ist immer zu hinterfragen:

Wem nützt das? Ist das für alle zugänglich? Hebt es die allgemeine Lebensqualität? Kann man da auch

noch was lernen? Denn das Ziel echter Kunstvermittlung sollte auch immer Erkenntnisgewinn sein.

Kultur, Kunst und Bildung sind eine Einheit und können nicht gegeneinander gestellt werden.



Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der ein Kleintheater konkurrenzlos neben dem Staatstheater steht - und beide von einem gebildeten Arbeiterpublikum goutiert werden können.

Auch wenn wir von der gesellschaftli-

chen Kontrolle und Nutzung einer künstlerischen Selbstverwaltung weit entfernt sind - und diese auch erst als bescheidene Ansätze im Sozialismus, wie wir ihn kennen, existierten: Wir fordern sie!

Wir unterstützen deshalb alle Kunst- und Kulturschaffenden als Teil der Klasse der Werktätigen in ihren sozialen Anliegen. In diesem Zusammenhang: Hände weg von der Künstlersozialkasse!"

Über diese seine ureigensten Forderungen hinaus vertritt er als Kandidat der DKP die in dieser Sonderausgabe angerissenen Vorstellungen an deren Erarbeitung er mitbeteiligt war. Für weitere Ausführungen steht das Internet zur schnellen Verfügung: <https://dkp-koeln.de/>

G9 Volksentscheid

Bildungspolitik ist Landespolitik. Das Land gibt viel Geld für Personal aus. Den größten Posten stellen die Lehrer. Da wird gern gekürzt und gespart. Die Verkürzung der Schulzeit von 13 auf 12 Jahre im Gymnasium hatte vor al-

lem Kostengründe, ebenso wie die andauernde Vernachlässigung des Ganztags und der Misserfolg der Inklusion.

Förderschulen treiben erheblich höheren Personalaufwand, sind folglich teurer als allgemeine Schulen. Aber die Eltern erkennen, dass die Kinder „mit Förderbedarf“ an allgemeinen Schulen diese Förderung nur unzulänglich erhalten. Sie entscheiden sich zunehmend wieder für Förderschulen.

Zusammen mit der tradierten Mehrgliedrigkeit unseres Schulsystems führen die Sparmaßnahmen zur Verschärfung der sozialen Selektion, also dazu, dass Schulerfolg vom Geldbeutel abhängt. Die DKP ist dagegen. Wir wollen eine Schule für alle.

Wer es genauer wissen will, kann unsere Bildungsforderungen für NRW nachlesen: http://dkp-duesseldorf.de/wp-content/uploads/5-b-Bildungs.Forderungen_DKP_NRW.pdf

Gegenwärtig wirbt die Initiative g9-jetzt.nrw.de, hinter dem vor allem die Elternschaften der Gymnasien stehen, für ein G9-Volksbegehren – also für die Rücknahme der Verkürzung auf acht Jahre (G8) und die Rückkehr zur neun-jährigen Schulzeit auf dem Gymnasium. Die Initiative benötigt knapp 1,1 Millionen Unterschriften, die innerhalb eines Jahres an Infoständen gesammelt bzw. in Rathäusern und Bezirksämtern abgegeben werden können. Im Erfolgsfalle wird der Landtag entscheiden. Sollte er ablehnen, kommt es zu einem

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Walter Stehling
- G9 Volksentscheid
- Trump und AfD
- Vier Untersuchungsausschüsse
- Energiewende - ohne Kohle
- DKP-Seminar Landtagswahl
- CETA jetzt verhindern

Volksentscheid, bei dem alle Wahlberechtigten abstimmen.

Wir teilen die ursprüngliche Absicht des Volksbegehrens, denn mit der Verkürzung der Schulzeit ist Bildungsabbau verbunden. Indessen sieht der vorgelegte Gesetzentwurf ohne Not Unterrichtskürzungen auch an den Gesamt- und sonstigen Ganztagschulen vor. Das kritisiert die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW. Gesamtschulen würden damit benachteiligt.

Paula Pawlik

Trump und AfD

Das Rätselraten über Trumps Pläne lässt nach. Sie sind offenkundig rechtsradikal. Seine Direktiven ebenso wie die Auswahl des Regierungspersonals bestätigen die schlimmsten Sorgen. Trump schürt Feindschaft gegen Muslime, Mexikaner, andere Latinos und das Ausland überhaupt. Rüstungsausgaben werden erhöht und mit Provokationen nachträglich gerechtfertigt. Die US-Botschaft in Israel wird nach Jerusalem verlegt, Sanktionen gegen den Iran verschärft. Militärische Provokationen gegen Russland und China flankieren die Kriegspolitik.

Aber auch die geplante Deregulierung der Banken macht Sorgen. Selbst die Frankfurter Allgemeine warnt vor einer neuen Finanzkrise. Sie befürchtet weitere Erschütterung des „*Vertrauens in die freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung*“, wie sie den Kapitalismus

nennt. Eigentlich sei es höchste Zeit, die Banken so zu zügeln, dass ihr Untergang kein volkswirtschaftliches Problem mehr sei. „*Nun besteht die Möglichkeit, dass Banken, die größer sind als je zuvor, so frei schalten und walten können wie lange nicht mehr. Und für Notfälle haben sie noch Freunde im Weißen Haus. Es kann einem angst und bange werden.*“ (FAZ 4. Februar)

Die extreme Rechte begrüßt den Sieg von Trump und freut sich über den Rückenwind. Am 14. Mai wird ein neuer Landtag in Nordrhein-Westfalen gewählt. Alle Demokraten sind aufgefordert, die Ergebnisse der Alternative für Deutschland möglichst gering zu halten.



Gegen rechte Demagogie hilft Bewegung auf der Straße gegen Faschismus und Krieg, gegen die Wohnungsnot, für günstige Mieten, bessere Bildung und Ausbildung, für mehr Demokratie.

Wir, die kleine DKP, haben für den Wahlkreis 7 Walter Stehling als Kandidaten nominiert. Diese Kandidatur soll sich daran messen lassen, ob sie der demokratischen, antifaschistischen, sozialer und Friedensbewegung nützt.

Wir benötigen noch Unterstützungssunterschriften, abzugeben bei Walter Stehling, Rolandstraße 92. Formblatt liegt bei.

Klaus Stein

Gibt es eine Zusammenarbeit von Landesbehörden mit Rechtsterroristen?

Im Düsseldorfer Landtag hat vier parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) eingerichtet. Sie untersuchen Probleme, die mutmaßlich durch Handeln oder Unterlassen von Landesbehörden verursacht wurden. Allerdings hören wir hauptsächlich von dem PUA zu Kölner Silvesternacht. Die anderen werden medial bemerkenswert kurz gehalten. Wer weiß von den MACHenschaften des Korruptionsherdes Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW? Wer kennt die Ergebnisse der Untersuchungen über die WestLB? Wer weiß, was der PUA zum Verhältnis von Landesbehörden und NSU herausbekommen hat?

Auffällig: Ursprünglich hatte der PUA NSU auch den Anschlag am Düsseldorfer S-Bahnhof Wehrhahn vom 27. Juli 2000 auf der Tagesordnung. Im 23-seitigen Auftrag (Landtagsdrucksache 16/7148 vom 28. Oktober 2014, S. 5) heißt es: „Der Ausschuss erhält den Auftrag zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens nordrhein-westfälischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien und der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher betreffend ... weiterer, in Nordrhein-Westfalen begangener Straftaten mit einem mutmaßlich politisch rechts motivierten Hintergrund,

lischer Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der zuständigen Ministerien und der Staatskanzlei und anderer Verantwortlicher betreffend ... weiterer, in Nordrhein-Westfalen begangener Straftaten mit einem mutmaßlich politisch rechts motivierten Hintergrund,



wie etwa dem dreifachen Polizistenmord vom 14. Juni 2000 in Dortmund und Waltrop sowie dem Sprengstoffanschlag am S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn vom 27. Juli 2000.“

Und auf Seite 18: „Welche Hinweise liegen über mögliche Verbindungen der Täterinnen und Täter des Sprengstoffanschlags am 27. Juli 2000 auf den S-Bahnhof Düsseldorf-Wehrhahn und dem NSU vor? Welche Ermittlungen haben dazu seit dem 4. November 2011 stattgefunden? Ist man bei den damaligen Ermittlungen von einem rechtsradikalen Hintergrund ausgegangen?“

Dieser Ausgabe liegt ein amtliches Formblatt für eine Unterstützungssunterschriften bei.

Rolandstr. 92, 50677 Köln schicken, bzw

Welche konkreten Ermittlungen wurden in Richtung rechtsradikale Szene unternommen? Gab es dazu einen Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz? Wann wurde das Verfahren eingestellt und warum?“

Wir fragen uns aber auch, wie dieses Thema wieder von der Tagesordnung verschwinden konnte. Immerhin ist jetzt, nach der Festnahme des Verdächtigen, Neonazi Ralf S., eine Sitzung des PUA NSU am 7. Februar fällig. Die Kriminalbeamten Dietmar Wixfort, Udo Moll und Oberstaatsanwalt Ralf Herrenbrück sollen vernommen werden. Wir sind gespannt, welche Erkenntnisse über die Zusammenarbeit von Landesbehörden mit Rechtsterroristen der Landtag gewinnt.

Richard

DKP-Forderungen zum Erneuerbare Energien Gesetz - Nochmals wissenschaftlich bestätigt

„Wir müssen im Durchschnitt jedes Jahr mindestens 5 Gigawatt Windkraft an Land und 5 Gigawatt Photovoltaik zubauen“, forderte der Prognos-Projektleiter zu der für das WWF im Januar 2017 vorgestellten Studie „Zukunft Stromsystem Kohleausstieg 2035“.

Im Einzelnen geht es um folgende Erkenntnisse und Maßnahmen. Die deutschen Braun- und Steinkohlekraftwerke verantworten knapp 80 % der gesamten CO2-Emissionen des Stromsektors

(48 % Braunkohle- sowie 32 % Steinkohleverstromung).

Unter diesen Voraussetzungen gebührt dem Auslaufen der Kohleverstromung oberste Priorität.

Das 2015 beschlossene und 2016 in Kraft getretene völkerrechtsverbindliche Pariser Klimaschutzabkommen bildet bei den Anstrengungen zur Verminderung der CO2-Emissionen den Maßstab: Eine Begrenzung des globalen Anstiegs der Mitteltemperatur auf einen Wert von deutlich unter 2 °C gegenüber den vorindustriellen Niveaus.

Um das zu erreichen werden Vorschläge gemacht:

- Beschleunigung des Ausbaus der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien auf das mit dem EEG 2014 und dem Netzentwicklungsplan 2030 ursprünglich angestrebte Niveau.

- ein festes Enddatum für die Braun- und Steinkohleverstromung Ende 2035
- Abbau der hohen Exportüberschüsse Deutschlands aus CO2-intensiver Stromerzeugung

- Es ist für alle Braunkohlereviere mit einer früheren Beendigung der Braunkohleförderung im Bereich der bereits genehmigten Abbaumengen zu rechnen.

- Es sind umfassende Analysen zu den regionalwirtschaftlichen und sozialen Wirkungen eines beschleunigten Auslaufens der Kohleverstromung notwendig

- Notwendig sind angemessene Maßnahmen in allen Bereichen, vom Ausbau erneuerbarer Energien über die Ansiedlungspolitik bis hin zum Infrastrukturausbau.

Das feste Datum für die Beendigung der deutschen Kohleverstromung bis 2035 bedarf einer ordnungsrechtlichen Festlegung. Schließlich sollte der Rückbau und die Renaturierung von Tagebauflächen finanziell unter strikter Beteiligung der Verursacher abgesichert werden. Wenn der Auslaufpfad für die deutsche Kohleverstromung erst einmal beschlossen ist, können weitere Maßnahmen (soziale und regionalwirtschaftliche Anpassungen für die Braunkohlereviere, Einbettung in den Strommarkt der Zukunft, infrastrukturelle Investitionen) ausgearbeitet und in Angriff genommen werden. *Raimund*

DKP Köln in Belgien

Am 14. Mai 2017 wird ein neuer Landtag gewählt. Ahnen wir, welches Gewicht, welche Folgen diese Wahlen haben? Jetzt wo auch durch die Wahl von Trump der Rechtspopulismus ins Zentrum des Imperialismus, den USA, angekommen ist? Das war Thema unseres landespolitischen Seminars in Jalhay/Belgien.

Bei den Landtagswahlen im Mai 2005 musste die SPD wegen Hartz IV eine krachende Niederlage hinnehmen. Prompt wurde wenige Monate später

Bundeskanzler Schröder abgewählt. Auch die NRW-Wahlen vom kommenden Mai werden auf die Bundestagswahlen im September 2017 abstrahlen.

Welchen Einfluss können wir nehmen? Wir waren uns einig: zunächst müssen wir mit unseren bescheidenen Kräften



dazu beitragen, dass die Rechtsentwicklung und namentlich die AfD aufgehalten wird. Gegen rechte Demagogie ist nur ein Gras gewachsen: durch Bewegung auf der Straße gegen Faschismus und Krieg, gegen die Wohnungsnot, für günstige Mieten, bessere Bildung und Ausbildung, für mehr Demokratie. Die Kandidaten, die Parteien sind daran zu messen, ob sie solche Bewegung fördern. Wir nominieren Kandidaten für zwei Kölner Wahlkreise.

Vier Skandale führten zu Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen des Landtages in der laufenden Legislaturperiode: Die Kölner Silvesternacht, die Abwicklung der WestLB, der Korruptionsherd Bau- und Liegenschaftsbe-

trieb (BLB) des Landes und die Zusammenarbeit von Landesbehörden mit dem rechtsterroristischen NSU. Wir hören aber nur über die Silvesternacht. Offenbar schweigen die anderen Untersuchungsausschüsse oder die Medien über die Ergebnisse ihrer Untersuchung.

Deswegen diskutierten wir die Korruptionsfälle des BLB. Immerhin beschäftigen sich mittlerweile Gerichte mit diesen Fällen. Köln ist durch den Verkauf der sogenannten Domgärten durch die Adenauerenkel und das Geschäftsgebaren von Göttsch bei der Verwertung von Grundstücken der ehemaligen Chemischen Fabrik Kalk mehrfach betroffen.

Das „Immobilienportfolio“ des BLB ist sehr umfangreich: Der BLB verwaltet 4604 Gebäude, Mietflächen von insgesamt 10,5 Mio qm und macht einen Mietumsatz von 1,2 Mrd Euro allein im Jahr 2013. Gemessen an diesen Kennzahlen stünde der BLB NRW als Immobilienunternehmen an zweiter Stelle der europäischen Immobilienunternehmen. Wert: neun Milliarden Euro. Tatsächlich hat der BLB die Aufgabe, die Liegenschaften des Landes „nach

kaufmännischen Grundsätzen zu erwerben, zu bewirtschaften, zu entwickeln und zu verwerten und dabei die baupolitischen Ziele des Landes zu beachten.“ (§ 2,1 BLBG). Das macht aber das Bauen teuer und führt fast zwangsläufig zu Korruptionsfällen. Wir warten gespannt auf den Schlussbericht des Untersuchungsausschusses.

Weitere Themen unseres Seminars waren TTIP, Ceta, Verkehr, Bildung, Kultur, Energiekosten und Braunkohle, Wohnen und Mieten. Zum Nachlesen:

<http://dkp-rheinland-westfalen.de/index.php/landtagswahl/3155-seminar>

Klaus Stein

CETA jetzt verhindern – Wir können Wallonie! ...und Austria!

CETA ist mitten im Ratifizierungsprozess. Der Europäische Rat hat ihm bereits zugestimmt, das EU-Parlament wird ihm wohl Mitte Februar folgen. Das Abkommen muss allerdings auch von den nationalen Parlamenten verabschiedet werden, ansonsten ist es gescheitert. Der Widerstand gegen CETA geht also vor Ort weiter.

Zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung lädt das Kölner Bündnis gegen CETA, TTIP und TISA am 22. März 2017 um 19.00 Uhr in die Lutherkirche, Südstadt Köln,

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 11, 50670 Köln

Martin-Luther-Platz 4 ein.

Es gibt erläuternde Informationen zum aktuellen Stand der politischen und rechtlichen Situation, Erfahrungen aus dem Wallonischen Parlament und Statements von Kölner Landtagskandidaten. In der anschließenden Diskussion werden wir darüber sprechen wie wir gemeinsam insbesondere mit der Volksinitiative „NRW gegen CETA und TTIP“ die undemokratischen, unsozialen, verbraucher- und arbeitnehmerfeindlichen Handelsabkommen stoppen können.

Die gute Nachricht der vergangenen Wochen war, dass das Volksbegehren in Österreich überwältigend erfolgreich war. 562 552 Wähler haben mit ihrer Unterschrift das Volksbegehren gegen CETA innerhalb von einer Woche unterstützt. So viele BürgerInnen gingen in Österreich vom 23. bis zum 31. Januar in ihr Rathaus, um das Volksbegehren gegen CETA, TTIP und TiSA zu unterschreiben. Das ist ein großer Erfolg und ein starkes Zeichen für ganz Europa: Die Menschen wollen keine neoliberalen Abkommen, von denen nur wenige profitieren, sondern einen

gerechten Welthandel!

In Österreich wird sich jetzt das Parlament, der Nationalrat, mit dem Volksbegehren beschäftigen. Auch wenn der Nationalrat dem Volksbegehren nicht zwingend folgen muss: Die Chancen sind gestiegen, dass die Ratifizierung von CETA an Österreich scheitert.

Auch in Deutschland ist es keineswegs ausgemachte Sache, dass CETA ratifiziert wird. Neben dem Bundestag muss auch der Bundesrat zustimmen. Dort gibt es momentan keine Mehrheit für das Abkommen. Doch die Ereignisse in der Wallonie im Oktober erinnern uns daran, wie viel Druck die BefürworterInnen des Abkommens auf eine Region ausüben können. Ein Mittel dazu sind die Volksinitiative gegen CETA in Nordrhein-Westfalen.

Umsetzung dauert noch lange

Derzeit ist geplant, dass die vom Europäischen Rat beschlossenen Vorläufige Anwendung nach der Beschlussfassung im Europäischen Parlament im März in Kraft tritt.

Doch der Weg bis zum vollständigen Inkrafttreten von CETA ist noch lang. Stimmt das EU-Parlament zu, können zunächst alle Teile, die in die Zuständigkeit der EU fallen, in Kraft treten. Dies gilt etwa für die weitgehende Abschaffung der Zölle. Bereiche in nationaler Zuständigkeit wie der umstrittene Investorenschutz müssen dann von den Parlamenten der 28 EU-Staaten ratifiziert werden. Und da gibt es noch viele

Unser nächster Gruppenabend:

**3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!